

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Platz Nr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Kernerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

Die Besprechungen mit dem Wiederherstellungsausschuß.

GA. Berlin, 2. Nov. (Eig. Drahtb.) Nach dem der Wiederherstellungsausschuß in drei Besprechungen die Lage untersucht hat, hat man heute nunmehr vereinbart, daß Reichsfinanzminister Dr. Hermes in der am morgen nachmittags anberaumten Sitzung eine schriftliche Darlegung der von der Reichsregierung vorgelegenen Lösungen vorlegen soll. Diesen Darlegungen des Reichsfinanzministers wird eine außerordentliche grundsätzliche Bedeutung beizumessen sein, da auf ihrer Grundlage die weiteren Erörterungen geführt werden sollen. Ueber den Inhalt der Ausführungen Dr. Hermes' verlautet noch nichts. Daß aber eine der Lösungen eine äußere Anleihe mit gleichzeitiger Gewährung eines entsprechenden Moratoriums sein wird, ist kein Geheimnis. Allerdings würde auch dies nur eine Halbheil sein, wenn nicht Hand in Hand damit eine Herabsetzung der Wiederherstellungsschuld stattfinden würde. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen hat man nicht den Eindruck, als ob der Wiederherstellungsausschuß in Berlin auf diese wichtigen Fragen eingehen wolle, sondern sie wieder auf die Brüsseler Konferenz verschoben will; mit einer theoretischen Auseinandersetzung ohne praktische Ergebnisse kann aber der deutschen Regierung nicht gedient sein, kann auch die wirtschaftliche Lage nicht gebessert werden.

Die Verhandlungen mit den ausländischen Sachverständigen, die (wie gemeldet) heute vom Reichsfinanzminister empfangen wurden, begannen morgen. Der morgige Tag wird also von entscheidender Bedeutung für den Weitergang der Verhandlungen sein.

GA. Paris, 3. Nov. (Eig. Drahtb.) Am Quai d'Orsay äußert man sich einwachen zurückhaltend über die Berliner Verhandlungen. Man bemerkt dazu, nach französischer Auffassung handele es sich um akademische Besprechungen, von denen unmittelbare Ergebnisse nicht zu erwarten seien. Praktische Ergebnisse erwarte Frankreich nur von der Brüsseler Konferenz.

Die Berliner Verhandlungen seien aber infolgedessen wertvoll, als sie zur Vorbereitung der Brüsseler Konferenz dienen.

Leihungsantrag und Anleihe.

GA. Berlin, 3. Nov. (Eig. Drahtb.) Der „Lokal-Anzeiger“ schreibt zu der Mitteilung, daß Reichsfinanzminister Hermes heute die deutsche Reparationsdenkschrift vorlegen soll, u. a., daß diese Vorschläge sich auf ein langfristiges Moratorium und eine innere und äußere Anleihe beziehen werden. In diplomatischen Kreisen erwartet man, daß die Reichsregierung diesen Vorschlägen eine fest umrissene Form geben wird. Bekanntlich sind sich alle Kreise in Deutschland darüber einig, daß eine langfristige Moratorium nicht helfen kann. Wenn die Reichsregierung ein Moratorium von 5 Jahren verlangen würde, so würde sie damit die Ansicht der deutschen Wirtschaft und Finanzkreise zum Ausdruck bringen. Eine Stabilisierung der Mark dürfte nur denkbar sein, wenn wir von Ausland eine Anleihe erhalten. Die Reichsregierung wird vermutlich den Standpunkt vertreten, daß eine Anleihe von 500 Millionen Dollars uns viel leicht in den Stand setzen würde, zu einer Stabilisierungskaktion zu schreiben. Als Goldgeber käme wohl nur Amerika in Frage. Der in Berlin weilende Amerikaner Dr. Bent hat einen Plan ausgearbeitet, durch dessen Ausführung die Mark stabilisiert werden soll. Danach sollen englische und amerikanische Finanzkreise für Deutschland eine Goldanleihe ausbringen, die dem Betrag des Reichsbankgolds, also einer Milliarde Goldmark, gleichkommen würde. Dens hat bereits mit deutschen, englischen und amerikanischen Finanzkreisen Fühlung genommen.

BB. Berlin, 3. Nov. (Drahtb.) Das „Berliner Tageblatt“ glaubt zu wissen, daß sich in den allerletzten Tagen ganz bestimmte Aussichten auf eine Goldanleihe im Ausland eröffnet hätten. Es behauptet die Möglichkeit, durch Vermittlung eines sich auch über verschiedene neutrale Staaten erstreckenden Konföderations eine solche Anleihe zu erhalten.

Ein militärischer Garantieauschuß?

GA. Berlin, 2. Nov. (Eig. Drahtb.) Die alliierten Regierungen hatten in einer Note vom 29. September der Reichsregierung den Vorschlag gemacht, die internationalen militärischen Kontrollkommissionen durch einen militärischen Garantieauschuß zu ersetzen, dessen Unkosten von den Alliierten getragen werden sollen. Dieser Antrag ist an sich nicht neu. Bei der Regelung des deutschen Währungswehens ist dieser Vorschlag von den Alliierten schon einmal gemacht worden. Die Reichsregierung hat den Vorschlag darüber in Besprechungen einzutreten, angenommen. Die Verhandlungen haben jedoch noch nicht begonnen.

Englische Kohle auf den deutschen Bahnen.

GA. Berlin, 3. Nov. (Drahtb.) Die deutsche Regierung hat bisher für insgesamt 30 Millionen Mark englischer Kohle zur

Aufrechterhaltung des Betriebes der Reichsbahn einlaufen müssen.

Parlaments Denkschrift in englischer Kritik

GA. London, 3. Nov. (Eig. Drahtb.) Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht in einer ganzen Reihe von Artikeln die bekannte Denkschrift Parliaments über die Rheinlandfrage.

Die „Daily News“ kritisiert diesen Bericht Parliaments in einem Artikel sehr scharf und werfen die Frage auf: Wie kommt überhaupt Frankreich dazu, in Düsseldorf und Ruhrort zu stehen? Das Blatt gibt die Antwort darauf, indem es schreibt: Frankreich steht dort in offener Vergewaltigung internationalen Rechts und mit seinerlei Mandat aus dem Versailles Friedenvertrag. Frankreich besetzt diese Städte im März 1921 als Teil einer Sanktion, die die größte Autorität als ungesetzmäßig bezeichnete, und ist dort geblieben, obgleich die Umstände, die seinerzeit für die Sanktion hätten als Entschuldigung dienen können, nicht mehr bestehen. Der Bericht Parliaments läßt klar erkennen, warum Frankreich dort geblieben ist.

„Manchester Guardian“ schreibt: Man könne dieses Vorhaben nur mit tiefer Besorgnis lesen. Der Bericht sei eine offene und brutale Verletzung der Politik, die von mindestens einem wichtigen Teile der Franzosen und möglicherweise der französischen Regierung verstoßen werde. Es sei eine Politik, die sich auf physische Gewalt verlaßt, um rein materielle Ziele zu erreichen. Es brauche nicht erst gesagt zu werden, daß seine britische Regierung eine Politik unterstützen könne, die in so flagranten Weise im Widerspruch zum Frieden und zur Wohlfahrt Europas stehe. Glücklicherweise bestünde augenblicklich kein Grund zu der Annahme, daß irgendeine französische Regierung dem Rufe des rüchschloßen Agenten Poincaré folgen werde.

Deutsche Kriegsgedenkschrift in Paris.

WTB. Paris, 2. Nov. (Drahtb.) Wie schon in den Vorblättern auf den Friedensfesten in Paris, fand heute auf dem Quai d'Orsay eine eindrucksvolle Feier zu Ehren der auf französischer Seite ruhenden deutschen Krieger statt. Die deutschen Kriegsgedenkschriften, die in der Gedenkschrift des Reichsministers Dr. Hermes eine Andeutung, in der er aber in französischer Sprache die deutsche Kriegsgedenkschrift las, die die deutsche Heimat sei groß und hehre, schloß neue Opfer. Aber keine noch so bittere Not werde jemals aus dem Herzen der deutschen Völker die Gedächtnisse der Kämpfer und der Bewunderung für unsere Kämpfer auslöschen. Für leuchtendes Beispiel werde den deutschen Völkern ein zeitiges Vermächtnis der Vaterlandsliebe bleiben und ein mächtiger Ansporn sein, Deutschland wieder zu besseren Tagen emporzuführen. Das Vortragsstück der Rede wurde mit dem Gedächtnis der Toten in dem Versprechen vereint: Patrias inserviendo consumor.

Das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsbund (Hirsch-Duncker) haben an die Reichsregierung eine gemeinschaftliche Eingabe gerichtet, worin sie einvernehmlich in der Richtung auf eine Stabilisierung des Marktfusses verlangen. Die Eingabe geht davon aus, daß die verheerende Wirkung des Marktfusses jeden Versuch, das Lohnvermögen der Arbeitnehmer der Lernerung anzupassen, unmöglich mache. Unter der Unfähigkeit dieser Verhältnisse leide die Produktion, und der berechtigten Forderung nach Produktionssteigerung bleibe unerfüllt, solange diese Produktionshemmung fortbestehe. Die Wirtschaft breche zusammen, wenn es nicht gelinge, bald wieder ruhige Verhältnisse zu schaffen. Die geordnete Verhandlungen und feste Lohnvereinbarungen ermöglichen. Die Eingabe betrachtet die Sanierung der Währung als das dringlichste aktuelle Problem der Wirtschaftspolitik und führt dazu im einzelnen aus:

Die Hauptursache der Lernerung bildet die ständige Unterwerfung des deutschen Geldes. Alle Versuche, die einheimischen Warenpreise dem Weltmarktpreis anzupassen, müssen ausbleiben. Lieben, da deutsche Verbraucher solche Waren nicht mehr kaufen können. Die Anpassung der Löhne an den Weltmarkt würde aber die Wirtschaftskatastrophe nur beschleunigen. Aus diesem Dilemma müssen wir durch eine Stabilisierung der deutschen Mark herauskommen. Sie durchzuführen, ist die dringlichste Pflicht des Reichstages und der Reichsregierung. Die Einstufung des Geldes durch die Verordnung vom 14. Oktober 1922 war ein erster Schritt zu diesem Ziele und würde erfolgreich bleiben, wenn nicht weitere erste Schritte getan werden. Die deutsche Mark als Zahlungsmittel und Wertmesser darf nicht preisgegeben werden, denn mit ihrer Erhaltung ist das Lebensinteresse der arbeitenden Bevölkerung und das Wohl und Wehe aller Verbraucher sowie das Schicksal des deutschen Volkes verknüpft. Eine Stütze der deutschen Mark würde u. a. erreicht werden durch die Einführung einer wertbeständigen inneren Anleihe, die allen Teilen der Bevölkerung zugänglich sein und für die eine sichere Deckung geschaffen werden muß. Daß diese Anleihe

herbeiführen ist durch Heranziehung eines Teiles der Reichsbankgoldreserven oder durch eine den Geldverhältnissen sich anpassende zu reduzierende Steuer oder durch eine Teilbarkeit der deutschen Mark, die sich besonders zu prüfen. Rein Versuch, die Währungsfrage zu retten, darf unterbleiben, der Erfolg verbleibt. Des weiteren muß eine Sanierung der Staatsschulden auf dem Gebiete der Steuererfassung verlangt werden, die dem weiteren Notwendigkeit vorbeugt. Es ist für die Arbeiter ebenso unvermeidlich wie unerlässlich, daß ihnen die Steuerbeträge monatlich oder monatlich vom Einkommen abgezogen werden, während die Steuererhebung bei den Unternehmern und den besessenen Klassen jährlich auf sich warten läßt. Eine Abführung der Steuern aus dem in fälligen Verträgen des Steuererfassungsbereichs durchzuführen. Für die zu spät eingehenden Steuerbeträge müßten der Geldentwertung entsprechende Zuschläge erhoben werden. Die Devisenordnung sieht ein Schlag ins Wasser, wenn sie nicht durch eine praktische Ausgestaltung der Devisenkontrolle ergänzt wird. Es bleibt zu prüfen, ob nicht auch die wirtschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angestellten zu dieser Kontrolle herangezogen werden können. Endlich erwarten wir, daß die Verhandlungen zur Erreichung einer Währungsstabilisierung zur Stabilisierung der Mark mit erneuertem Nachdruck aufgenommen und durchgeführt werden. Sie werden aber nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn zuvor alle Hindernisse beseitigt werden, um der weiteren Entwertung der Mark eine Grenze zu setzen. Die Gewerkschaften erkennen, daß nach wie vor das Hauptbedenken der Regierung darauf gerichtet sein muß, die unerträgliche Reparationslast als die Hauptursache des Währungsverfalls auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß herabzusetzen und zu einem Zwangsvergleich mit der Entente zu kommen. Die Gewerkschaften verlangen außerdem von der Regierung die Durchführung einer größeren Durchsichtsmachung der Parteien, Syndikate und Zünfte, die teilweise durch eine wirtschaftlich schädliche Preispolitik den Verfall der Währung fördern. Ferner ist zu fordern, daß mit der schon oft verlangten und angeordneten Sparmaßnahme und Vereinfachung in allen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen auch die öffentlichen Einnahmen gemacht wird. Schließlich erwarten die Gewerkschaften von der Reichsregierung die baldige Verabschiedung eines Gesetzes, das die Verdrängung der lebensnotwendigen Bedürfnisse des Volkes sichert. Die gemeinsamen unterzeichneten Gewerkschaften beklagen die Parteien des Deutschen Reichstages und die Reichsregierung, nicht länger zu jähern, um der Katastrophe der völligen Marktentwertung, die zum Zusammenbruch unserer Wirtschaft führen muß, Einhalt zu tun.

Diktator Mussolini.

GA. Rom, 3. Nov. (Drahtb.) Mussolini hat eine Reihe von höheren Staatsbeamten, die juristischen wollten, in diktatorischem Tone erklärt, daß er keine Demission von Beamten annehmen werde. Die Beamten segen es ab, wann er wolle.

GA. Rom, 2. Nov. (Drahtb., der „Eig. Sig.“) Der „Epoca“ zufolge wird Baron Reggiano als vorläufiger Vizepräsident der Konferenz in Berlin genannt. Er gilt als ein ausgezeichnete Diplomat und hat Proben seines Geschicks als Vizepräsident in Washington abgelegt. Auch als Generalsekretär der Genuefer Konferenz, deren ganze Organisation ihm zugeschrieben ist, hat er sich sehr bewährt.

Der ruhige Normalzustand kehrt allmählich wieder. Die mit Spannung erwartete erste Rundgebung der Regierung zeichnet sich durch energiegeladenen Ton aus. Auf das Telegramm des Präsidenten des Presseverbandes antwortete Mussolini, er werde nach Beendigung der ausnahmsweisen Übergangszeit die Pressefreiheit wiederherstellen, sofern die Presse sich ihrer Würde würdig zeige. (1) Die geplante Halbierung der römischen Offiziere lehnte Mussolini mit der Begründung ab, daß Heer habe nicht zu applaudieren noch zu mitleiden, sondern treu zu gehorchen. An die Auslandsvertreter telegraphierte Mussolini, er erwarte von ihnen eine neue und erweiterte Auffassung der vaterländischen Pflichten. Inzwischen wird das Adressatengesuch Sforzas und dessen Begründung sowie Mussolinis frühere Antwort viel Staub aufgewirbelt. Wahrscheinlich ergreift die Regierung gegen den unbotmäßigen Vizepräsidenten weitere Maßnahmen, falls er Mussolinis Aufforderung zum Verbleiben im Amt nicht befolgt.

Auch Ricci will gehn.

Washington, 3. Nov. (Drahtb.) Auch der italienische Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Roland Ricci, hat seine Demission eingereicht, um Mussolinis Gehorsam zu geben, diesen Völkern durch einen Mann seines persönlichen Vertrauens zu befehlen.

Das „Siegesfest“ der Faschisten.

GA. Bologna, 2. Nov. (Eig. Drahtb.) Auf Mussolinis Befehl hat der Ministerpräsident ein Siegesfest am 4. November beschlossen. Im Rom sollen der König und alle hohen Beamten an den feierlichen Feiern teilnehmen. Ähnliche Mitglieder der Regierung sollen auch an diesem feierlichen Fest zum Nationalfeiertag, um dort eine Parade vor dem Erntedankfest des unbekannten Soldaten zu führen. Alle Soldaten in ganz Italien sollen vorzeitig ein halbtägiges Siegesfest feiern lassen.

Rom, 3. Nov. (Drahtb.) In Mailand räumen die Faschisten das Gebäude des „Avanti“, dessen aber vorher das Papierlager in Brand, wodurch auch die Truderei sehr beschädigt wurde.

Befürchtungen in Frankreich.

GA. Paris, 2. Nov. (Eig. Drahtb.) In Frankreich amüßigen Kreisen besteht die Befürchtung wegen des massenhaften Umwandlunges im vollen Umfang fort. Man erklärt, daß die Faschisten geäußert sein werden, ihr außenpolitisches Programm auszuführen und erwarten, wenn auch nicht sofort, so doch in nicht zu ferner Zeit Komplikationen wegen der Abreise Sforzas und wegen Zuni.

Frankreich und England.

WTB. London, 3. Nov. (Drahtb.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt, daß Bonar Law am Mittwoch den französischen Vizepräsidenten empfing, und daß im Laufe ihrer Unterredung das Reparationsproblem berührt wurde.

WTB. Paris, 3. Nov. (Drahtb.) Der französische Vizepräsident in London reist heute nach Paris. Er wird, nach dem „Parisien“, Poincaré mit den Ansichten der neuen englischen Regierung über die Orientfrage und vielleicht auch über die anderen stehenden Fragen vertraut machen. Das Blatt will wissen, die Unterredung, die der französische Vizepräsident mit Bonar Law gehabt hat, habe den entscheidenden Punkt des englischen Ministerpräsidenten nach einem Einverständnis mit Frankreich gezeigt.

GA. Paris, 3. Nov. (Eig. Drahtb.) Die Reise des französischen Vizepräsidenten bestätigt die Hoffnung weiterer Kreise in Frankreich, daß eine französisch-englische Verständigung über die großen Probleme der internationalen Politik möglich ist. Die Vereinbarung gewisser Abwehrmaßnahmen gegenüber eventuellen türkischen Übergriffen gilt als günstiges Vorzeichen für die erwarteten Verhandlungen. Die Erklärung Bonar Laws über die Notwendigkeit des Versuchs, zu einem neuen Einverständnis mit Frankreich zu gelangen, wird hier begrüßt.

(Bonar Law hatte u. a. bedeutet: Er wolle Ruhe und Stetigkeit. Es gebe Zeiten, wo es gut sei, still zu sitzen und langsam zu gehen. Die Beziehungen zu Frankreich müßten der Grundton der auswärtigen Politik Englands sein.)

Man nimmt an, daß Vizepräsident Graf de St. Aulaire zunächst nur die grundsätzliche Zustimmung der neuen englischen Regierung zu einem umfassenden Meinungsaustausch mitbringt und von Poincaré Anweisungen für diesen Meinungsaustausch zu erhalten wünscht. Der Tatsache, daß die seit langem gewöhnliche große Aussprache mit England jetzt in Gang gekommen ist, wird große Bedeutung beigemessen.

Der „Gaulois“ begrüßt die Entspannung zwischen Paris und London freudig. Das Blatt ist eine französisch-englische Aussprache über die „Reinpolitik“ sowie über die Orientpolitik gerade jetzt sehr dringend, weil die Eröffnung der Konferenz vom Lausanne vielleicht durch eine dynamische Krise in der Türkei hinausgeschoben werden könne, und der Wiederherstellungsausschuß nur wenig Aussicht habe, in Berlin etwas zu erreichen.

Dementi.

GA. Paris, 3. Nov. (Eig. Drahtb.) Zu der gestrigen Meldung von dem blutigen Zwischenfall in Adrianopel, dessen Wahrheit gestern nachmittag bereits vom Quai d'Orsay in Frage gestellt wurde, bezeichnet das heute früh im Telegramm aus Konstantinopel, in dem ein autoritativer Quelle die Nachricht von der Tötung der 13 Franzosen dementiert wird.

Ansichten über die neue türkische Verfassung.

GA. Paris, 2. Nov. (Eig. Drahtb.) Der Quai d'Orsay hat bis zur Stunde keine Bestätigung der Nachricht von der Ablegung des Sultans erhalten. Die Meldung wird in amtlichen Kreisen als wahrscheinlich bezeichnet. Es befindet sich auf jeden Fall, daß die Nationalversammlung von Angora beschloß, ein Zusammengehen mit dem Sultan abzulehnen, und daß General Nazim Karabekir Pascha als Bevollmächtigter der Regierung von Angora nach Konstantinopel geschickt wurde, um dort an die Spitze der Verwaltung zu treten.

Nach Mitteilungen des „Ententeagent“ soll der Sultan die geistliche Oberhoheit der Mohammedaner behalten, das heißt Khalif bleiben, aber keine weltliche Herrschaft ausüben. Die Türkei wird künftig nur von der Nationalversammlung beherrscht werden. Sie wird weder einen Staatsoberhaupt noch Minister haben. Die Nationalversammlung wird gewisse Verantwortlichkeiten mit der Leitung der verschiedenen Verwaltungszweige betrauen. Diese Exekutiv-Mandate werden im Beisein des Präsidenten der Nationalversammlung erteilt. Alle irgendwelche wichtigen Regierungsmassnahmen müssen vorher von der Nationalversammlung genehmigt werden. Den Ministerpräsidenten der anderen Länder entspricht ein Obermandatar, der von der Nationalversammlung ernannt wird. Die Hauptabstimmung ist noch nicht entschieden. Vorläufig bleibt die Regierung in Angora.

König Konstantin unter Anklage.

WTB. Athen, 3. Nov. (Drahtb.) Wie die Blätter melden, soll der frühere König Konstantin, dessen Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch in Athen festgestellt sei, erfaßt werden, vor dem Untersuchungsgericht zu erscheinen, wahrscheinlich mit der ersten Gruppe der Angeklagten, Gounaris usw., vom Kriegsgericht in Athen abgeurteilt werden soll.

Süßholzbaum gegen Kriegsschädlinge

1990

1

[illegible]

Wolkswirtschaft, Handel und Industrie.

Erhöhung der Gebühren bei der Handelskammer.

Die Handelskammer für den Westfälischen Industriebezirk macht darauf aufmerksam, daß infolge der weiter fortwährenden Geldentwertung die Gebühren der Kammer ab 3. November 1922 erhöht werden. Die Gebühren-erhöhungen betreffen den westfälischen Industriebezirk auf den beiden Geschäftsfeldern der Handelskammer Barmen, Elberfeld 10 und Elberfeld, Elberfeld 40 zur Veranschaulichung. Die Gebühr für die Geschäftsbesorgung beträgt 1000 Mark, für jede weitere Ausfertigung 100 Mark.

Aus der Industrie.

GA Kapitalerhöhungen. Die Deutsche Reichsbank, Elberfeld, beantragt die Kapitalerhöhung der Elberfelder Bank um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923. Die Elberfelder Bank beantragt die Kapitalerhöhung der Elberfelder Bank um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923. Die Elberfelder Bank beantragt die Kapitalerhöhung der Elberfelder Bank um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923.

GA Rheinische Eisen- u. Stahlwerke. Die Rheinische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Rheinischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923. Die Rheinische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Rheinischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923.

GA Westfälische Eisen- u. Stahlwerke. Die Westfälische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Westfälischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923. Die Westfälische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Westfälischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923.

Preise.

b) Starke Erhöhung der Rohstoffpreise. In der letzten Sitzung der Rohstoffpreise wurde festgestellt, daß infolge der Geldentwertung die Rohstoffpreise stark erhöht werden. Die Preise für Rohstoffe sind um 100% erhöht worden. Die Preise für Rohstoffe sind um 100% erhöht worden.

nach vorübergehend einer Berechnung auf Grund des endgültigen, zurzeit nicht feststehenden Eisenpreises. Die vorstehenden Preise schließen die Kurb-, Korb- und Bruchstücke ein. Die Preisfestsetzung erfolgt bis auf weiteres monatlich.

Katastrophenhaufe an der Börse.

Neue Eisenkurse.

GA Westfälische Eisen- u. Stahlwerke. Die Westfälische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Westfälischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923. Die Westfälische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Westfälischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923.

GA Rheinische Eisen- u. Stahlwerke. Die Rheinische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Rheinischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923. Die Rheinische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Rheinischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923.

GA Westfälische Eisen- u. Stahlwerke. Die Westfälische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Westfälischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923. Die Westfälische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Westfälischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923.

GA Rheinische Eisen- u. Stahlwerke. Die Rheinische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Rheinischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923. Die Rheinische Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Rheinischen Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923.

Das Geschäft war aber verhältnismäßig ruhig. Die Börse schloß mit einer kleinen Aufwärtsbewegung. Der Endkurs lag bei 1000 Mark. Der Endkurs lag bei 1000 Mark.

GA Die Eisen- u. Stahlwerke. Die Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923. Die Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923.

GA Eisen- u. Stahlwerke. Die Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923. Die Eisen- u. Stahlwerke beantragt die Kapitalerhöhung der Eisen- u. Stahlwerke um 15 Millionen Mark auf 1. Januar 1923.

Die Hauswelle am Devisenmarkt.

Ein Dollar = 6159 Mark.

GA Berliner Devisenmarkt. Der Berliner Devisenmarkt zeigt eine starke Aufwärtsbewegung. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen.

GA Berliner Devisenmarkt. Der Berliner Devisenmarkt zeigt eine starke Aufwärtsbewegung. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen.

Anteil Berliner Devisen-Kurse.

Anteil Berliner Devisen-Kurse	1. Nov.	2. Nov.
Dollar 1 Mark	1000	1000
Franken 1 Mark	1000	1000
... (and other currencies)	...	...

GA Berliner Devisen-Kurse. Der Berliner Devisenmarkt zeigt eine starke Aufwärtsbewegung. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen.

GA Berliner Devisen-Kurse. Der Berliner Devisenmarkt zeigt eine starke Aufwärtsbewegung. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen.

Schwed. 46.77, Dän. 0.0035, Robenbagen 51.55, Stockholm 63.65, Christiania 46.60, Kopenhagen 35.10, Brüssel 16.85, Madrid 30.07, Italien 10.87.

GA Berliner Devisen-Kurse. Der Berliner Devisenmarkt zeigt eine starke Aufwärtsbewegung. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen.

Warenmärkte.

Berliner Warenmärkte.

Produkte	Preis	Produkte	Preis
Weizen m. d. R.	11200	Gerste m. d. R.	11200
... (and other grains)	...	... (and other grains)	...

GA Berliner Warenmärkte. Der Berliner Warenmarkt zeigt eine starke Aufwärtsbewegung. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen.

GA Berliner Warenmärkte. Der Berliner Warenmarkt zeigt eine starke Aufwärtsbewegung. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen.

GA Berliner Warenmärkte. Der Berliner Warenmarkt zeigt eine starke Aufwärtsbewegung. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen.

GA Berliner Warenmärkte. Der Berliner Warenmarkt zeigt eine starke Aufwärtsbewegung. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen. Der Dollar ist auf 6159 Mark gestiegen.

Berliner Börse vom 3. November.

Schwankende Kurse	Einheitskurse	Einheitskurse	Einheitskurse
... (and other currencies)	...	...	...

[illegible]

Der S
feldst" sag
Professor,
wissenschaft,
Spital da
Der Pro
habe ich d
— — "Don
Von Ut
"Na, ein
Abstellung
offenberzige
schaft! sagte
"Ja, b
treten ju n
sch nicht u
häusern für
nahe, wenn
Welsen."
Die beide
Krebittsim
Krebitz hob
"Eingab
richte über
Rlagen gefe
der Kranche
"Und so
"Rein."
"Ich hab
da soll doch
Laffen
dasselbe, de
es denn i"
Der Pro
Ragen
famentie v
Anpfung, I
Vorach in
Einschneufel
in den Gaf
läuft. Wir
Gzellens,
Seuden. V
arbeiten, we
los Leute a
Betrieb zu
Das Hafend
fällt mit M
gerichtet, ab
so greift bie
"Haben
Landwehr u
Der Pro
Gzellenen
diesen Arme
"bestochen"
aber er hat
gabe."
"Und das
Der Geme
lossen. Er fu
beitspaß vor
hängen, in
Hundertert so
"Was tun
mache!"
"Da vertret
die Finanzir
und dann, C
ein Teil des
andere versch
Schwarzmeer
steuerung um
bauernd und
wundern, wo
"Das will
bern wissen.
"Vieleicht

Bela
Am Freitag
Nachm. 4 Uhr,
dienlich am mi
eine Verheirat
statt.
Elberfeld, de
wid
Offene Stiel
Grise Leri
nach deutsc
Näbblan
Buchhall
nur erste Staf
Sprechminis
Minuti späte
1903. Nachdrück
von A. B. 1
Dr. W. Reue
Gelehrte Hand
Götzen - Bes
Petersen - Inq
Mittelschwa
Wiederholungs
Wiederholungs
Herrn
oder Unter
die an Ander
Krieten u. H
geschiedt ist.
mit genannt
der Bild.rig.
Zeit unter B
der Geich. Sch
Bewertung 87.
Jum 1. Jan
trüber wird
dann in der W
Wiedergende
Kugelhüch
ent. Gehört g
zu Augenbo
Gesichtsbed
weyden an
Hohen Wand
u. Gehen. R
Dank., Ammer

